



Arbeitstagung „Bewegung im Hartz IV-System“ (Beverungen 12.-
14.06.2019): **Schlusswort von Horst Schmitthener**

Trotz aller Jubelmeldungen über Beschäftigungsrekorde und Arbeitsmarkterfolge: Die Menschen merken, dass die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes nicht zu-, sondern abnimmt. Befristungen, Leiharbeit, Werkverträge, allerlei Varianten atypischer sowie prekärer Beschäftigung, Scheinselbstständigkeit und dabei noch wachsender Leistungsdruck – die Globalisierung hat all dies nicht besser gemacht, und die Digitalisierung wird es nicht besser machen.

Entsprechend groß ist die Verunsicherung, besonders weil Alle wissen: Bereits ein Jahr nach dem Verlust des Arbeitsplatzes droht in den meisten Fällen „Hartz IV“, zu recht ein Schreckensszenario für Viele. Entsprechend gibt es eine Vielzahl von Faktoren, die als potenzielle Bedrohung erlebt werden: Nicht mehr „nur“ Erwerbslosigkeit, sondern auch Niedriglöhne (Armut trotz Arbeit), drastisch steigende Mietbelastung und dazu noch die Kosten für Kinder, deren Unterhalt und Erziehung trotz eines wahren Dschungels undurchsichtiger sozial- und steuerpolitischer Förderungen für die „untere“ Hälfte der Bevölkerung nur unzureichend gedeckt ist.

In seiner jetzigen Form, nach den von der Politik beschlossenen Kürzungen ist der abgebaute Sozialstaat immer weniger in der Lage, den Menschen im Finanzmarktkapitalismus ein Gefühl der Sicherheit zu geben. Ängste wiederum schlagen in Ressentiments und einen Rechtsruck der Gesellschaft um. Dagegen sind auch und gerade Erwerbslose (leider) nicht mehr gefeit, weil sie die Kürzungen bei der Sozialversicherung, in die sie ja eingezahlt haben, fälschlicherweise nicht der Sozialpolitik und der Agenda 2010 anlasten, sondern den angeblichen Sozialleistungen an Flüchtlinge – obwohl die gar keine Ansprüche haben.

Tatsächlich liegen die Leistungen für Asylbewerber/innen sogar noch *unter* den „Hartz IV“-Regelsätzen, doch das Gegenteil der Wahrheit wird erfolgreich kolportiert.

Auf solche gezielt verbreiteten Gerüchte hereinzufallen, ist allzu leicht, natürlich *auch* für Erwerbslose. Was also ist zu tun? Wegen der Komplexität der Faktoren, die alle „irgendwie“ verunsichern, gibt es natürlich nicht *die* eine Strategie, keinen

Königsweg. „Klare Kante“ gegen Rechtspopulisten zu zeigen, ist zwar richtig und wichtig, reicht aber keinesfalls aus:

Erforderlich ist erstens eine Erneuerung des Sozialstaatsversprechens, indem das zerrissene soziale Auffangnetz wieder repariert wird. Das muss einerseits durch mehr Arbeitsplatzsicherheit (besseren Kündigungsschutz) geschehen und andererseits durch eine umfassende, zuverlässige, langdauernde Sicherung in der beitragsbasierten Arbeitslosenversicherung für den Fall, dass Arbeitsplätze dennoch verloren gehen – was sich im Umbruch ganz sicher nicht vermeiden lassen wird.

Zweitens benötigen wir neue Formen der Beteiligung nicht nur in der Politik, Demokratisierung auch der Wirtschaft. Und drittens muss – selbstverständlich – der Kampf gegen den alltäglichen Rassismus ebenso alltäglich geführt werden!

Für die Gewerkschaften bedeutet das konkret, sozialverträgliche Regelungen der Umbrüche im Interesse der Beschäftigten (und nicht des Standorts) durchzusetzen. Es bedeutet ferner Kooperation mit antifaschistischen und anderen gesellschaftlichen Gruppen sowie eine Politik der offenen Tür: das Angebot, statt eines diffusen Allgemeinwohls die berechtigten Interessen des größten Teils der Bevölkerung in Bündnissen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen (Stichwort „Mosaiklinke“) zu vertreten und durchzusetzen.

Niemand behauptet, dass das leicht wird, und auch nicht, dass man mit sozialer Absicherung *alleine* der AfD das Wasser abgraben kann. Jedoch: eine gute Arbeits-, Sozial- und Gesellschaftspolitik gegen die herrschende allgemeine Verunsicherung ist, wenn schon nicht hinreichend, so doch allemal notwendig!

Und dabei vertrauen wir nicht auf Almosen und milde Gaben (Grundeinkommen?) vom Sozialstaat, sondern auf die Organisation glasklarer Interessen und die Bündelung von Kräften.

Wie Rolf Rosenbrock (Vorsitzender des Paritätischen Gesamtverbands) es auf dem Armutskongress in Berlin am 11.04.19 formuliert hat: „Eine offensive, solidarisch finanzierte Sozialpolitik, die alle mitnimmt und keinen zurücklässt, ist die beste Prävention gegen Rechtsextremismus und Nationalismus.“